



Gifhorn, den 26. März 2020

PRESSEMITTEILUNG: Bund entscheidet sich gegen Atommüll-Bereitstellungslager zwischen Bechtsbüttel und Waggum – Raulfs und Pantazis: „Gute Nachrichten für die Region, nehmen das Umweltministerium nun beim Wort!“

Gute Nachrichten in der Debatte um die mögliche Errichtung eines Atommüll-Bereitstellungslagers in der Gemarkung Bechtsbüttel, unmittelbar angrenzend an die Braunschweiger Stadtgrenze und den Stadtteil Waggum: Wie aus einem Schreiben des Bundesumweltministeriums (BMU) vom 6. März 2020 hervorgeht, folgt das BMU der Empfehlung der Gesellschaft für Zwischenlagerung und möchte das Bereitstellungslager nicht in Bechtsbüttel, sondern im Landkreis Hötter errichten: „Das Votum ist eindeutig: die Gesellschaft für Zwischenlagerung hat in einem transparenten Verfahren 28 Standorte im gesamten Bundesgebiet mit Blick auf ein solches Bereitstellungslager untersucht. Unter Berücksichtigung aller Kriterien fiel die Wahl nun auf ein ehemaliges AKW in Würgassen bei Hötter“, erläutern Philipp Raulfs und Dr. Christos Pantazis, zuständige SPD-Landtagsabgeordnete der betroffenen Wahlkreise im Gifhorner Südkreis und Braunschweiger Nordosten. „Wir nehmen das Bundesumweltministerium daher beim Wort und erwarten, dass die Entscheidung pro Hötter zügig umgesetzt wird, um die Menschen in Bechtsbüttel und Waggum nicht weiter zu verunsichern.“

In dem sogenannten Bereitstellungslager sollten schwach- und mittelradioaktive Abfälle gesammelt und für die Einlagerung in das Endlager Konrad vorbereitet werden – vergleichbar mit einem herkömmlichen Logistikzentrum. „Alleine die Tatsache, dass in unserer Region bereits das Endlager selbst und dazu die Asse II stehen unterstreicht, dass die Menschen hier bereits große Belastungen mit Blick auf Atomlager in Kauf nehmen mussten. Ein weiterer Standort, wenn auch nur als Bereitstellungslager, wäre kaum zu vermitteln gewesen. Wir haben uns daher frühzeitig dagegen positioniert“, machen Raulfs und Pantazis deutlich. Während in Hötter für das neue Bereitstellungslager auf die bestehenden Strukturen eines ehemaligen AKWs zurückgegriffen werden könne, müssten in Bechtsbüttel erst noch Strukturen geschaffen werden. „Das Votum der Gesellschaft für Zwischenlagerung ist nachvollziehbar und wir erwarten von der Bundesebene eine baldige Umsetzung“, so Raulfs und Pantazis abschließend.

Am 20. April 2020 soll im zuständigen Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages zudem eine Unterrichtung zu dem Thema stattfinden.